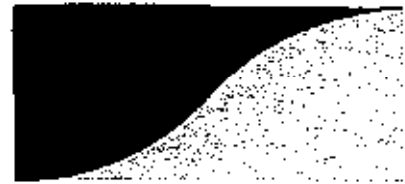


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Manfred Reimann MdB
kommentiert Blüms „Ge-
sundheits-Reform“: Sozial-
minister erhebt die Lieb-
losigkeit zum Programm.

Seite 1

Horst Heinrich MdL kriti-
siert den Umgang des Frei-
staates Bayern mit dem
Hormon-Skandal: Nur jedes
zehntausende Kalb unter-
sucht.

Seite 3

Dokumentation
Freimut Duve MdB, Vorsit-
zender des sozialdemokrati-
schen Kulturforums, skiz-
zierte auf dem Münsteraner
Parteitag die Beziehung der
Sozialdemokraten zur Kul-
tur. (Teil II und Schluß)

Seite 5

43. Jahrgang / 170

6. September 1988

Der Sozialminister erhebt die Lieblosigkeit zum Programm

Norbert Blüm richtet sich an den Vorgaben der Ökonomie aus

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Unverständnis, Angst und Resignation machen sich angesichts der von der Bundesregierung geplanten Gesundheitsreform unter den Bürgern breit. Besonders Behinderte und alte Menschen fürchten, Opfer einer neuen „Zwei-Klassen-Gesundheitspolitik“ zu werden.

Schon die Ankündigung des Gesetzeswerkes als „Reformgesetz“ muß jedem, der nicht kerngesund oder sehr vermögend ist, wie Hohn in den Ohren klingen.

Wie kommt es, daß ein christdemokratischer Sozialminister Behinderten Eigenbeteiligung bei der Anschaffung ihrer Rollstühle aufbürden, die Kosten für Zahnersatz, Hörgeräte und Brillen zum großen Teil auf die Betroffenen abwälzen und Hilfsprogramme - beispielsweise für psychisch Kranke - abschaffen will?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kerning/Type-Setting
mit mechanischen Rohstoffen
Kerning-Printer



Es fällt schwer, diese Politik mit den bei jeder Gelegenheit von Christdemokraten vollmundig verkündeten Prinzipien der christlichen Soziallehre in Einklang zu bringen. Da ist von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe die Rede. Nach dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre soll der Staat den Bedürftigen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen.

Daß Sozialpolitik christdemokratischer Prägung die Voraussetzungen zur Selbsthilfe zu leisten hat, ist auch Bundesminister Blüm nicht fremd: „Natürlich braucht eine solidarische Sozialpolitik auch eine solide finanzielle Ausstattung. Sie kann und darf nicht durch Privatisierung sozialer Risiken konterkariert werden“, verkündete er noch vor zwei Jahren.

Würde sich der Sozialminister an seine früheren Ausführungen erinnern, so müßte er angesichts der von ihm geplanten Gesundheitsreform seine Kapitulation vor dem Anspruch einer solidarischen Sozialpolitik zugeben. Das geplante Gesundheitsreformgesetz ist nur ein weiterer Schritt der Kohl-Regierung, sich aus der sozialstaatlichen Verantwortung zu ziehen.

Statt die Menschen gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit ausreichend abzusichern, werden sie zunehmend in die Eigenverantwortung und Selbsthilfe entlassen bei gleichzeitigem Entzug der materiellen Grundlagen zur Bewältigung sozialer Notlagen.

Zur Begründung dieser unsozialen Politik muß eine weniger moderne Auslegung der christlichen Soziallehre herangezogen werden: Es ist der „sündige Mensch“, den Sozialminister Blüm für die Ausgabenexplosion im Gesundheitswesen verantwortlich macht. Das sogenannte Böse im Menschen soll eingedämmt werden auf dem Wege der Privatisierung sozialer Risiken; eine mittelalterliche Theorie, die die Opfer zu Schuldigen der Misere macht.

Der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform ist nichts weiter als ein falsch angesetzter Versuch der Ausgabendämpfung auf dem Rücken der Versicherten und Patienten. An eine Neuorientierung der Gesundheitspolitik, die bei den krankmachenden Arbeits- und Lebensverhältnissen der Menschen ansetzt, ist bei der Politik der derzeitigen Bundesregierung nicht zu denken.

Blüms Sozialpolitik ist zu einer Caritas verkommen, die sich nach den Vorgaben der Ökonomie ausrichtet und so die Lieblosigkeit gegenüber sozial Benachteiligten zum Programm erhebt.

(-/8.9.1988/yo-he/rs)

Der Hormon-Skandal wurde in Bayern zur geheimen Kommandosache erklärt

Im Freistaat Bayern wurde nur jedes zehntausendste Kalb untersucht

Von Horst Heinrich MdL

Die Wahrheit ist: In Bayern werden Kälber auf einzelne Hormone überhaupt nicht oder nur äußerst selten - jedes 10.000 Kalb - untersucht. Dafür hat die bayerische SPD den Nachweis angetreten. Die Staatsregierung verweigert sich diesen Tatsachen und beschwichtigt weiter munter drauf los, obwohl sie selbst es an der Hand ihrer Unterlagen einfach nachweisen könnte.

Um diese Unterlagen - es handelt sich um die Stichprobenpläne, in denen die Häufigkeit bestimmter Rückstandsuntersuchungen festgehalten ist, und die Jahresabschlußberichte der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen, aus denen relativ einfach die bayerischen Hormonskandale zu ersehen wären - habe ich mich bislang vergeblich bemüht. Der amtierende Amtschef des Innenministeriums, Ministerialdirigent Dr. Wiebel, teilte auf entsprechende Anfrage mit: „Das kriegen Sie nicht!“ Als ich erläuterte, ich wolle anhand dieser Unterlagen dem Innenminister nachweisen, daß keine Rede davon sein kann, daß jedes 50. Kalb auf alle Hormone untersucht wird, ergänzte der Ministerialbeamte: „Dann schon zweimal nicht!“

Dieses Verhalten ist nicht hinnehmbar, weil es mit der Auskunftspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Parlament nicht zu vereinbaren ist. Wie soll der Landtagsabgeordnete seine Kontrollaufgaben wahrnehmen, wenn sich die Spitzen-Ministerialbürokratie als Verteidigungsschwadron von Ministern darstellt, die die Wahrheit nicht sehen wollen? Dieser Vorgang wird den Landtag beschäftigen. Aber auch die Desinformationspolitik, wie sie speziell das bayerische Innenministerium betreibt.

In einem Brief an den Innenminister habe ich dargelegt:

„Die Informationspolitik Ihres Hauses halte ich für falsch. Ihr Haus legt in einem Probenplan fest, welche Anteile der Stichproben einer bestimmten Rückstandsuntersuchung zugeführt werden. Dieser Probenplan wurde mir gegenüber von Ihrem Amtschef zur geheimen Kommandosache erklärt. Ebenso halte ich nichts davon, daß die Jahresabschlußberichte der

Landesgesundheitsämter für das Gesundheitswesen geheimgehalten werden. Ich möchte Sie bitten, diese Geheimniskrämerei aufzugeben und mir die gewünschten Unterlagen durch das Innenministerium zur Verfügung zu stellen."

Es ist offenbar gute Praxis der Staatsregierung, den zu schelten, der Schweinereien aufdeckt und den zu schützen, der Schweinereien begeht. Anders kann ich die verrückte Rücktrittsforderung, die Bayerns Innen-Staatssekretär Rosenbauer gegenüber dem NRW-Landwirtschaftsminister Matthiesen erhoben hat, nicht erklären. Zumal die Staatsregierung gleichzeitig alle Maßnahmen verweigert, die zu einem realistischen Bild der Hormon-Situation im bayerischen Kalbfleisch führen könnten.

Leider lügt die Staatsregierung mit ihrer bisherigen Praxis nicht nur sich selbst in die Tasche, sondern auch dem Verbraucher. Ebenso unterläßt die Staatsregierung alles, was wirklich für die bayerischen Verbraucher sinnvoll wäre. Bezeichnend für diese Haltung der Staatsregierung ist, daß sie eben jenen, die aktiven Verbraucherschutz betreiben und garantieren, das Wasser anzugraben versucht. Diese Garanten des Verbraucherschutzes sind im Freistaat in erster Linie die Tierärzte und Leiter von kommunalen Schlachthöfen, die aktive Verbraucherberatung betreiben und unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen ihr Fachwissen den Medien und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

In meinem Brief an den Innenminister heißt es:

„Leider hat die Staatsregierung bis heute keine Aktivitäten entwickelt, um den Erhalt der kommunalen Schlachthöfe zu fördern. Die SPD-Landtagsfraktion hat dazu wiederholt Vorstöße gemacht. Der private Schlachthof Waldkraiburg war ein Musterbeispiel dafür, wie ein großer, leistungsfähiger und für den Verbraucherschutz bedeutender kommunaler Schlachthof - der in der Landeshauptstadt München - ausmanövriert werden soll. Wirken Sie auf Ihren Kabinettskollegen Simon Nüssel ein, damit das Sterben kommunaler Schlachthöfe zum Wohle des Verbrauchers und im Interesse des Metzgerhandwerks und der bäuerlichen Landwirtschaft endlich beendet wird.“

(-/6.9.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Behutsame Annäherung an die Kultur (Teil II und Schluß)

Freimut Duve MdB, Vorsitzender des Kulturforums, skizzierte auf dem Münsteraner SPD-Parteitag die Beziehung der Sozialdemokraten zur Kultur. Wir veröffentlichen seine Rede in zwei Teilen.

Die Kultur unserer Republik ist von der Sozialdemokratie wesentlich mitgeprägt worden. Seit 1945, schon vor Gründung der Bundesrepublik, haben sozialdemokratische Kommunalpolitiker auch den kulturellen Umbau und künstlerischen Wiederaufbau mitgetragen.

Sozialdemokratische Bürgermeister, sozialdemokratische Länderregierungen haben großen Anteil an der Vielfalt unserer kulturellen Landschaft. Heute prägen große sozialdemokratische Kulturpolitiker ihre Städte - ich nenne Hermann Glaser in Nürnberg, Hilmar Hoffmann in Frankfurt, Wolf Peter Schnetz in Erlangen, oder die Kollegen Hackenberg (Köln), Anton Keim (Mainz), Dieter Oppen (Kiel), Konrad Schilling (Duisburg) und Dieter Treock (Bergkamen), alles Männer!

Sie alle und viele andere haben Impulse gegeben, die weit über ihre Städte hinauswirken. Wir haben keinen Grund, übermütig zu sein. Wir haben Grund, stolz zu sein.

Allzu leicht waren Sozialdemokraten in der Vergangenheit allerdings bereit, die Kulturrassorts in Städten und Ländern an den Koalitionspartner abzugeben. Ich hoffe, daß sich das ein für allemal ändert. Es gibt Leute aus unserer eigenen kulturpolitischen Tradition für dies schwierige Geschäft.

Neben vielem war die Künstlersozialversicherung ein großer Wurf - wir wollen Dieter Lattmanns Erbe hüten als unser Kind, aber wir wollen sie auch da reformieren, wo ihre Kinderkrankheiten erkennbar sind. An der Verbesserung der sozialen Lage der Künstler werden wir weiterarbeiten.

Wir werden uns in Zukunft auf drei weitere kulturpolitische Fragen konzentrieren, die im Leitartikel noch keine Erwähnung finden:

- Wir wollen uns beteiligen an der Diskussion über das kulturelle Europa, das wahrlich nicht das Brüsseler Europa allein ist.
Wir empfinden Gorbatschows „Glasnost“ auch als eine europäische Kulturrevolution. Dostojewski war Europäer.
- Auch in der Kultur herrschen die Männer. Linda Reisch wird jetzt dazwischen rufen: „Aber nicht im Kulturforum!“, und da muß ihr der Vorsitzende Recht geben. Wir müssen und wollen uns mit der Rolle der Frauen in den kulturschaffenden Berufen befassen.

- Kulturbeziehungen zur DDR. Vor vierzehn Tagen haben die Kulturpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion die DDR besucht. Zwischen Generationen-Wechsel und Glasnost steht dort eine Kultur im Wartestand. Wir wollen das Kulturabkommen weiterentwickeln. Wenn wir bevormundete Kultur kritisieren, dann dürfen wir nicht so tun, als sei bei uns das Reich der Freiheit bereits ein für allemal ausgebrochen.

Auf eine numerische Auflistung aller kulturpolitischen Bereiche, vom Theater bis zum Film, vom Sinfonieorchester bis zur Buchkultur, haben wir verzichtet. Hierzu hatte die Bundestagsfraktion vor einigen Jahren einen ausführlichen Antrag eingebracht.

In der Programmdebatte ist Kultur heftig umstritten; ganz im Sinne von Streitkultur. Wir wollen heute die Programmdiskussion über unseren Kulturbegriff nicht vorwegführen. Sie wird uns in nächster Zeit beschäftigen. Aber wir werden uns auch im Kulturteil des neuen Programms nicht im Nur-Philosophischen verlieren.

Kunst ist auch Widerstandskultur. Kunstförderer hierzulande sollten sich die Protestbilder an den Mauern der Armenviertel in Santiago de Chile ansehen. Oder die nächtlich von der Polizei überschwärzten Texte von Pablo Neruda, um zu begreifen, woher die Erniedrigten und Beleidigten ihre Widerstandskraft holen.

Nicht ohne Bitterkeit registriere ich die großzügigen Kunstkäufe der Deutschen Bank oder der Kulturoffenheit von Daimler Benz und deren Unfähigkeit, der demokratischen Widerstandskultur in Diktaturen wie Chile oder Südafrika zu helfen. Der Preis für die Cocktails eines einzigen Kunst-Abends könnte einer kritischen Zeitschrift in Chile das Überleben sichern.

(-/6.9.1988/rs/ks)

* * *